

Frankfurt will verbindlichere Integrationspolitik

Stadträtin Eskandari-Grünberg legt Entwurf für Konzept vor / Breite Diskussion angestrebt

toe. FRANKFURT. Die Stadt Frankfurt will verbindliche Leitlinien für die Integration von Zuwanderern entwickeln. Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg (Die Grünen) stellte gestern ihren Entwurf für ein solches Konzept vor. Er soll nun unter der Beteiligung möglichst vieler Menschen erörtert und im Frühjahr 2010 den Stadtverordneten zur Abstimmung vorgelegt werden. Dazu finden Veranstaltungen statt, der Auftakt dazu ist eine öffentliche Diskussion am Montag um 18.30 Uhr im Gallustheater. Beteiligen will die Dezernentin die Bürger auch mit Hilfe der Internetseite www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de, die dann freigeschaltet sein wird.

Das Konzept soll helfen, „mit der Vielfalt der Bürger umzugehen“, wie die Stadträtin erläuterte. Deswegen lautet der Titel des 238 Seiten starken Werks „Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts“. So oder ähnlich heißen auch Konzepte in anderen europäischen Großstädten. „Kommunale Integrationspolitik kann und wird nichts daran ändern, dass wir in einer pluralen Gesellschaft leben“, sagte Eskandari-Grün-

berg. „Die Einwanderungsgesellschaft ist so vielfältig wie die Mehrheitsgesellschaft“, fügte die Kulturanthropologin Regina Römhild hinzu. Sie hat den Entwurf mitverfasst. Römhild definiert Integration als „soziale Annäherung und Vernetzung von Menschen unterschiedlicher Milieus“ in der Stadt.

Anders als bei der früheren Auffassung einer multikulturellen Gesellschaft, die von national bestimmten Zuwanderergruppen und deren Spezifika ausgegangen sei, müsse man heute beachten, dass innerhalb ein und derselben Gruppe etliche Unterschiede bestünden und es national gemischte Gruppen gebe, etwa unter Jugendlichen. Weil die Stadtgesellschaft sich immer mehr ausdifferenziere, sei es wichtig, mehr Menschen über nationale und soziale Barrieren hinweg miteinander in Kontakt zu bringen, so die Wissenschaftlerin.

Nötig seien in Frankfurt nicht weitere integrationspolitische Modellprojekte und Vorhaben, sagte die Stadträtin. Vielmehr müssten die vorhandenen besser aufeinander abgestimmt, effizienter koordiniert und erfolgreiche Pilotversuche ausgeweitet werden. Sie hob hervor, dass

kulturelle Unterschiede nicht dazu erhalten dürften, die Gesellschaftsordnung oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Frage zu stellen. „Das kann ich nicht akzeptieren. Verbindliche Grundlagen des Zusammenlebens seien im Grundgesetz festgelegt.“

Der Entwurf für das neue Konzept ist in drei Teile gegliedert. Zunächst wird die Situation in Frankfurt analysiert, dann folgen Aussagen über zehn sogenannte Handlungsfelder und schließlich über die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger an der Beratung des Entwurfs.

Beispiele für die Handlungsfelder sind „Deutsch und Mehrsprachigkeit“ und „Stadtteile, Wohnen, Zusammenleben“. Jedes Mal wird zunächst die Ausgangssituation beschrieben, dann werden Entwicklungen geschildert und Anregungen für die weitere Diskussion gegeben. So wird etwa für den Ausbau des Angebots bilingualer Schulen und Kindertagesstätten geworben und für einen „Integrationsatlas“ im Internet, der Auskünfte über interkulturelle Initiativen in einzelnen Stadtteilen gibt. Zu dem Konzeptentwurf gehören außerdem Gastbeiträge

mehrerer Autoren, die in Frankfurt tätig sind. So fordert etwa der Direktor des Hauses am Dom, Joachim Valentin, in seinem Beitrag über „Religion und Integration“ einen „Mentalitätswechsel“ ein. „Künftig sollte jede Art von religiöser Überzeugung als substantieller Aspekt des gesellschaftlichen Miteinanders wahrgenommen werden.“

Mit den Religionen in Frankfurt befasst sich der Entwurf auch an anderen Stellen. So wird der Wille religiöser Zuwanderergemeinden, repräsentative Bauten zu errichten, als „Ausdruck selbstgewählter Integration“ gewertet, aber auch vorgeschlagen, einen dezernatsübergreifenden Arbeitskreis einzurichten, der den Bau religiöser Gebäude koordinieren solle.

Bestandteil des Textes sind schließlich Informationen über gut 80 als beispielhaft geltende Projekte. So wird im Kapitel „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ eine städtische Kampagne zur Förderung Jugendlicher angeführt und unter der Überschrift „Partizipation und Bürgerengagement“ der in diesem Jahr gegründete Rat der Religionen.